

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 10/2007
Mitteilungsvorlage	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum
Sozialausschuss	07.02.2007

Tagesordnungspunkt

Jahresbericht zur Unterbringungssituation

Inhalt der Mitteilung:

@->

Jahresbericht 2006 zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Übergangsheimen und Notunterkünften.

Die Zahl der Asylbewerber ist im Jahr 2006 bundesweit noch einmal kräftig zurückgegangen. Nur noch rund 21.000 Menschen haben im vergangenen Jahr erstmals einen Asylantrag gestellt, ein gutes Viertel weniger als 2005. Damit wird deutlich, dass Asylzugang als Zuwanderungsproblem zumindest quantitativ stark an Bedeutung verloren hat (Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). Als direkte Folge dieser Entwicklung hat es in diesem Zeitraum für Bergisch Gladbach Zuweisungen nur noch in kaum nennenswertem Umfang gegeben.

Positives Ergebnis dieser Entwicklung ist ein stetiger Rückgang der Belegungsdichte in den städtischen Übergangsheimen.

Am 1. Januar 2006 mussten 230 Asylbewerber und Flüchtlinge in städtischen Übergangsheimen untergebracht werden, zum Ende des Jahres hatte sich diese Zahl auf 202 Personen reduziert. Größtenteils konnten die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkünfte mit Wohnungen auf dem freien Markt versorgt werden, in geringem Umfang gab es auch Rückführungen in die Heimatländer. Die Zahl der untergebrachten Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge verringerte sich im selben Zeitraum ebenfalls durch Versorgung mit anderweitigem Wohnraum von 18 auf nunmehr nur noch 10 Personen.

Ein weiterer Rückgang der Belegungszahlen kann darüber hinaus durch die Auswirkungen der sog. Altfallregelung erwartet werden. Aktuell sind ca. 25 Personen bekannt, die kurz vor dem Auszug in privaten Wohnraum stehen.

In beiden Arbeitsfeldern dürfte sich diese Entwicklung weiter fortsetzen. Die neuen Aufnahmequoten wurden auf 80,78% bei den Flüchtlingen und 102,90% bei den Spätaussiedlern festgelegt, so dass theoretisch Zuweisungen zu erwarten sind. Allerdings ist die Gesamtzahl der Zuwanderer, auf die sich die Quoten bezieht, in der Bundesrepublik rückläufig, u. a. als Folge der Drittstaatenregelung.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den in den Obdachlosenunterkünften untergebrachten Personen. Mussten Anfang des Jahres 101 Obdachlose mit einer Unterkunft versorgt werden, waren es Ende des Jahres nur noch 91.

Ob sich eine mögliche verschlechterte gesamtgesellschaftliche Situation zukünftig verschärfend bemerkbar machen wird und sich aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtlage die Zahl von Zwangsräumungen erhöht, bleibt abzuwarten. Spürbar ist bereits eine vermehrte Unterbringung von Personen, die aus den unterschiedlichsten Gründen auch ohne Zwangsräumung in Wohnungsnot gekommen sind.

Das Unterkunfts-konzept des Betriebs städtischer sozialer Einrichtungen hat den aktuellen Umständen Rechnung getragen. Auf die Nutzung der im Eigentum der Bundesvermögensverwaltung stehenden Objekte Kauler Strasse 3 und 5 und Rosenhecke 37 konnte, da sie sich als nicht nutzbar erwiesen, verzichtet werden.

Dennoch konnten - wie beabsichtigt - die Unterkünfte Diakonissenweg 17, 19/19a und 21 zwecks Vermarktung, Buchenkampsweg 28-30a nach Ablauf des Pachtvertrags und die Häuser Hoppersheider Busch 11 und 11a (Abriss auf Grund von Unbewohnbarkeit, ggf. Vermarktung einer Teilfläche) aufgegeben werden. Gleichwohl stehen auch weiterhin Unterkunftsreserven zur Verfügung.

Auf Grund der – abgesehen vom baulichen und technischen Zustand der Unterkünfte – bereits entspannten Unterbringungssituation hatten Problemstrukturen und Problemdichten für Bewohnerinnen und Bewohner nur punktuellen Charakter und konnten im Regelfall mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen, durch persönlichen Einsatz und die Schaffung von Alternativen zeitnah und ergebnisorientiert behoben werden. Wo sich durch Umstrukturierungen Möglichkeiten zur Verbesserung der Unterbringungssituation für Einzelne oder Familien boten, wurden diese im Sinne der Betroffenen umgesetzt.

Zusammenfassend ist anzumerken, dass unter den gegebenen Umständen und mit der realistischen, aber dennoch nur prognostizierten Entwicklung der zur Erledigung der Aufgabe notwendige städtische Aufwand durchaus weiter reduziert werden kann. Vor diesem Hintergrund ist derzeit eine Umorganisation eingeleitet worden, die in 2007 umgesetzt werden soll und zu einer Reduzierung des Personaleinsatzes führen wird.

<-@